

eingesungen am 8.12.22

CDU-/SPD-/FDP-Fraktion Kelkheim (Taunus)

An das
Parlamentarische Büro
Frau van den Wyenbergh / Frau Stahl

Gagerning 6
65779 Kelkheim

7-1

6.12.2022

Sehr geehrte Frau Stadtrordnetenvorsteherin Ostrowicki,

zur nächsten Sitzung des Stadtparlaments wird gemeinsam von den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP der folgende Antrag gestellt:

Titel: Kinder-Teilhabe-Paket Freizeit und Kultur

Die Stadtrordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Kelkheim wird aufgefordert kurzfristig ein Paket zur finanziellen Förderung des Besuchs von Kultur- und Freizeitveranstaltungen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten aufzulegen, um auch unter den gegenwärtig steigenden Lebenshaltungskosten auf lokaler Ebene die Teilhabe zu unterstützen. Dabei sollen im Rahmen der bereitzustellenden Haushaltsmittel Besuche von entsprechenden Veranstaltungen mit bis zu 30 Euro je Kind und Jahr bis zu einem Alter von 18 Jahren gefördert werden.

Anspruchsberechtigt sind Kinder und Jugendliche finanziell schwacher Haushalte, die ihre Teilhabe nicht aus eigenem Einkommen oder dem Einkommen der Familie decken können und die bzw. deren Familien deshalb einen Anspruch auf Leistungen der Grundversicherung für Arbeitsuchende, Leistung der Sozialhilfe bzw. zukünftig der Grundsicherung, auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben oder deren Familien Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten. Ebenso zu berücksichtigen sind Kinder aus Familien mit einem Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Die Maßnahme ist nach Ablauf eines Jahres oder nach Aufbrauch bereitgestellter Haushaltsmittel hinsichtlich ihres Erfolgs zu evaluieren und das Ergebnis zu berichten. Für das Kinder-Teilhabe-Paket sind für 2023 Haushaltsmittel i.H.v. 10.000 EUR bereitzustellen.

Begründung:

Die derzeit außerordentlich starke Preisentwicklung in vielen Bereichen und die damit einhergehende Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten führt zu erheblichem finanziellem Druck gerade in Haushalten mit niedrigerem Einkommen. Dieser wird auch durch die in Teilen zu erwartenden Anpassungen staatlicher Unterstützungsmaßnahmen auf absehbare Zeit voraussichtlich nicht ausgeglichen.

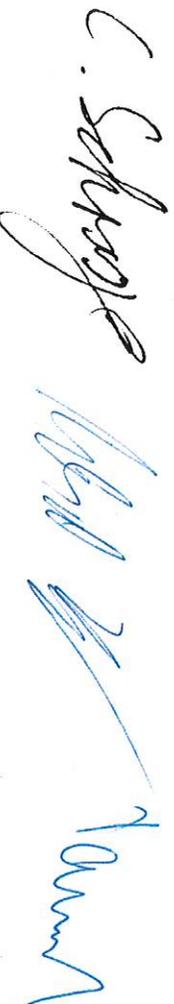
Das Armutsrisiko in Hessen ist nach Ergebnissen des aktuellen Landessozialberichts, der am 5.12.2022 in Wiesbaden vorgestellt wurde, weiter gestiegen. Die Armutsrisikoquote liegt in Hessen aktuell bei rund 17%. Nach dem Paritätischen Wohlfahrtsverband lebten 2020 hessenweit bis zu 20% der Kinder und Jugendlichen in Armut. Wenngleich die Quote im Main-Taunus-Kreis deutlich niedriger ausfallen

CDU-/SPD-/FDP-Fraktion Kelkheim (Taunus)

dürfte, ältere Berichterstattung geht von ca. der Hälfte der hessenweiten Zahlen aus, so besteht offensichtlich auch in Kelkheim für eine nennenswerte Anzahl an Kindern und Jugendlichen die beschriebene Problematik. Die Armutsrisikoschwelle lag in Hessen nach dem Landessozialbericht für einen Einpersonenhaushalt 2020 bei 1194 Euro netto. Als einkommensarm gelten danach Haushalte mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Besonders betroffen sind viele Erwerbslose, oft Alleinerziehende und Menschen mit niedriger beruflicher Qualifikation, kinderreiche Familien. Auch Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind überdurchschnittlich betroffen, darunter auch Flüchtlinge, wie aktuell aus der Ukraine.

Gerade die Kinder leiden unter den Restriktionen. Aus diesem Grund soll mit der Förderung eine zusätzliche kommunale Möglichkeit geschaffen werden, um die Kinder dieser Familien zu unterstützen.

Es wird angeregt die bürokratischen Hürden sowohl für die Inanspruchnahme, als auch für die Abwicklung möglichst gering zu halten. Denkbar ist eine Auszahlung nach Vorlage eines geeigneten Nachweises der Voraussetzungen sowie eines/mehrerer augenscheinlich zum Alter des/der Kinder passend erscheinenden Tickets der besuchten Veranstaltung. Es wird weiterhin angeregt bei städtischen Veranstaltungen, die sich an Kinder richten und sofern sie kostenpflichtig sind, ergänzend kleinere Kontingente an Karten für die anspruchsberechtigte Gruppe vorzusehen. Die antragstellenden Fraktionen vertrauen auf eine geeignete Umsetzung. Die Umsetzung des Hoffeim-Passes kann hier uU als Anregung dienen.



CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

FDP-Fraktion